



Sächsisches Amtsblatt

Nr. 45/2024

7. November 2024

Inhaltsverzeichnis

Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Präsidenten des Sächsischen Landtags Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Rates für sorbische Angelegenheiten vom 23. Oktober 20241266

Wozjewjenje prezidenta Sakskeho krajneho sejma Namolwa k zapodaću wólbnych namjetow za wólbny Rady za serbske naležnosće z dnja 23. oktobra 20241267

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ und Gläubigeraufruf vom 23. Oktober 2024 Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ und Gläubigeraufruf vom 17. Oktober 20241268

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/6/47-2024/57741 vom 7. Oktober 2024 Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Dresden-Meißen (Freistaat Sachsen) vom 30. August 20241270

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Aufhebung von Verwaltungsvorschriften über sexuell übertragbare Infektionen vom 17. Oktober 2024.....1272

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Vierte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft vom 21. Oktober 20241273

Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Präsidenten des Sächsischen Landtags Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Rates für sorbische Angelegenheiten

Vom 23. Oktober 2024

Nach § 6 Absatz 1 des Sächsischen Sorbengesetzes vom 31. März 1999 (SächsGVBl. S. 161), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wählt der Sächsische Landtag jeweils für die Dauer einer Wahlperiode einen Rat für sorbische Angelegenheiten.

Den sorbischen Verbänden und Vereinen sowie den Gemeinden des sorbischen Siedlungsgebietes steht für die Wahl ein Vorschlagsrecht zu (§ 6 Absatz 1 Satz 3 des Sächsischen Sorbengesetzes).

In Angelegenheiten, die die Rechte der sorbischen Bevölkerung berühren, haben der Sächsische Landtag und die Staatsregierung den Rat für sorbische Angelegenheiten zu hören. Der Rat für sorbische Angelegenheiten besteht aus

fünf Mitgliedern, die ihr Amt ehrenamtlich ausüben. Für ihre Tätigkeit erhalten sie eine jährliche Aufwandsentschädigung und Ersatz ihrer Reisekosten.

Die sorbischen Verbände und Vereine sowie die Gemeinden des sorbischen Siedlungsgebietes sind aufgefordert, Wahlvorschläge beim Sächsischen Landtag einzureichen.

Berücksichtigt werden können Wahlvorschläge, die bis zum 3. Dezember 2024 beim

**Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden**

in schriftlicher Form eingereicht werden.

Dresden, den 23. Oktober 2024

Der Präsident des Sächsischen Landtags
Alexander Dierks

**Wozjewjenje
prezidenta Sakskeho krajneho sejma
Namołwa k zapodaću wólbnych namjetow
za wólby Rady za serbske naležnosće**

z dnja 23. oktobra 2024

Po § 6 wotrězk 1 Sakskeho serbskeho zakonja z 31. měrca 1999 (SächsGVBl. str. 161), kotryž bu naposledk z artiklom 19 zakonja z 20. decembra 2022 (SächsGVBl. str. 705) změnjeny, woli Sakski krajny sejm přeco na dobu wólbneje peridy Radu za serbske naležnosće.

Serbske zwjazki a towarstwa kaž tež gmejny serbskeho sydlenkeho teritorija maja prawo, kandidatow za nju namjetować (§ 6 wotrězk 1 sada 3 Sakskeho serbskeho zakonja).

W naležnosćach, kotrež prawa serbskeje ludnosće nastupaja, matej Sakski krajny sejm a statne knježerstwo Radu za serbske naležnosće słyšeć. Rada za serbske naležnosće

ma pjeć člonow, kotřiž čestnohamtsce skutkuja. Naložba a jězbne wudawki za to so jim kóždy lěto zarunaja.

Serbske zwjazki a towarstwa kaž tež gmejny serbskeho sydlenkeho teritorija su namołwjene, Sakskeu krajnemu sejmej wólbne namjety zapodać.

Wobkedźbujate so wólbne namjety, kotrež su hač do 3. decembra 2024 pisomnje dóšli na adresu:

**Sakski krajny sejm
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden/Drježdźany**

Drježdźany, dnja 23. oktobra 2024

prezident Sakskeho krajneho sejma
Alexander Dierks

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ und Gläubigeraufruf

Vom 23. Oktober 2024

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ und Gläubigeraufruf

Vom 17. Oktober 2024

Das Verbot des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 3. September 2024 gegen den Verein „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ wurde am 12. September 2024 im Bundesanzeiger (BAZ AT 12.09.2024 B 1) und am 25. September 2024 im Amtsblatt für Brandenburg (ABl. S. 972) veröffentlicht.

Gegen die Verbotsverfügung vom 3. September 2024 wurde keine Klage bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt. Die Verbotsverfügung im Hinblick auf den Verein „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“ ist mit Ablauf des 14. Oktober 2024 unanfechtbar geworden.

Verfügung

1. Der Zweck und die Tätigkeit des Vereins „Islamisches Zentrum Fürstenwalde Al Salam e.V.“, im Folgenden „IZF Al Salam e.V.“, richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen die verfassungsmäßige Ordnung.
2. Der Verein „IZF Al Salam e.V.“ ist verboten und wird aufgelöst.
Hilfsweise: Die Betätigung des Vereins „IZF Al Salam e.V.“ im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes ist verboten.
3. Dem Verein „IZF Al Salam e.V.“ ist jede Tätigkeit untersagt. Es ist verboten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.
4. Es ist verboten, Kennzeichen des Vereins IZF Al Salam e.V. öffentlich, in einer Versammlung oder in einem Inhalt (§ 11 Absatz 3 des Strafgesetzbuches), der verbreitet wird oder zur Verbreitung bestimmt ist, zu verwenden. Das Verbot gilt auch für die Verbreitung im Internet. Dieses Verbot betrifft insbesondere folgende Kennzeichen:

5. Alle Internetauftritte des Vereins, insbesondere:
die E-Mailadresse:
al-salam@web.de
der Account:
<https://www.facebook.com/alsalamzentrum/>
der Instagram-Account der Al-Salam Jugendgruppe:
www.instagram.com/alsalamjugendgruppe
einschließlich deren Bereitstellung, Hosting und weitere Verwendung sind verboten und abzuschalten.
6. Das Vermögen des Vereins „IZF Al Salam e.V.“ wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Brandenburg eingezogen.
7. Forderungen Dritter gegen den Verein „IZF Al Salam e.V.“ werden beschlagnahmt und zugunsten des Landes Brandenburg eingezogen, soweit sie aus Beziehungen entstanden sind, die sich nach Art, Umfang oder Zweck als eine vorsätzliche Förderung der völkerverständigungswidrigen Zwecke und Tätigkeiten oder als



**Al salam Zentrum in/ مرکز السلام
Fürstenwalde**

eine vorsätzliche Förderung der verfassungswidrigen Bestrebung des Vereins darstellen oder soweit sie begründet wurden, um Vermögenswerte des Vereins dem behördlichen Zugriff zu entziehen oder den Wert des Vermögens des Vereins zu mindern. Hat ein Gläubiger eine solche Forderung durch Abtretung erworben, wird sie eingezogen, soweit der Gläubiger die Eigenschaft der Forderung als Kollaborationsforderung oder als Umgehungsforderung im Zeitpunkt ihres Erwerbs kannte.

8. Sachen Dritter werden beschlagnahmt und zugunsten des Landes Brandenburg eingezogen, soweit der Berechtigte durch Überlassung der Sachen an den Verein „IZF Al Salam e.V.“ dessen völkerverständigungswidrige Zwecke und Tätigkeiten vorsätzlich gefördert hat oder soweit die Sachen zur Förderung dieser Zwecke und Tätigkeiten bestimmt sind.
9. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet. Dies gilt nicht für die in den Nummern 6, 7 und 8 genannten Einziehungsanordnungen.

Gläubigeraufruf

Die Gläubiger des verbotenen Vereins „IZF Al Salam e.V.“ werden nach § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts aufgefordert,

1. ihre Forderungen bis zum 16. Januar 2025 schriftlich unter Angabe des Betrages und des Grundes bei dem Ministerium des Innern und für Kommunales, Referat 42, Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam anzumelden,
2. ein im Falle der Insolvenz beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit diese Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts ist, **nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.**
3. Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis zum 16. Januar 2025 nicht angemeldet werden, nach § 13 Absatz 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

Potsdam, den 17. Oktober 2024

Ministerium des Innern und für Kommunales
des Landes Brandenburg
Im Auftrag
Germer

Dresden, den 23. Oktober 2024

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Tüshaus
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Az.: 32-S 2442/6/47-2024/57741

Vom 7. Oktober 2024

Kirchensteuerbeschluss für das Bistum Dresden-Meißen
(Freistaat Sachsen)

Vom 30. August 2024

in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1. Januar 2025

1. Der Vomhundertsatz der Diözesankirchensteuer wird auf 9 v.H. der Einkommensteuer (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer) für das Kalenderjahr (Steuerjahr) für das Bistum Dresden-Meißen (Anteil Freistaat Sachsen) festgesetzt, höchstens jedoch auf 3,5 v.H. des zu versteuernden Einkommens.
Gehört der Ehegatte oder Lebenspartner eines Kirchensteuerpflichtigen keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft an und werden die Ehegatten oder Lebenspartner zur Einkommensteuer zusammenveranlagt, so beträgt die Kirchensteuer des kirchensteuerpflichtigen Ehegatten oder Lebenspartners höchstens 3,5 v.H. seines Anteils am gemeinsam zu versteuernden Einkommen.
Wird die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohnsteuer oder als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer erhoben, unterliegt diese Kirchensteuer nicht der Kappung von 3,5 v.H. des zu versteuernden Einkommens. Dies gilt auch für die Kirchensteuer, die auf die nach § 32d Abs. 3 und 4 i. V.m. Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) ermittelte Einkommensteuer erhoben wird.
2. Vor der Berechnung der Kirchensteuer sind die Einkommensteuer und die Lohnsteuer als Bemessungsgrundlage nach Maßgabe des § 51a EStG zu ermitteln. Dies gilt entsprechend bei der Ermittlung der maßgebenden Bemessungsgrundlage für die Kappung und für das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft sowie zur Aufteilung der Bemessungsgrundlage in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft. Bei der Ermittlung und Erhebung der Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer ist § 51a Abs. 2b bis 2e EStG anzuwenden.
3. Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft bemisst sich nach folgender Tabelle:

Stufe	Bemessungsgrundlage (Gemeinsam zu versteuerndes Einkommen unter sinngemäßer Anwendung des § 51a Abs. 2 EStG)			Beson- deres Kirchgeld jährlich in €	Beson- deres Kirchgeld monatlich in €
1	50.000	bis	57.499	96	8
2	57.500	–	69.999	156	13
3	70.000	–	82.499	276	23
4	82.500	–	94.999	396	33
5	95.000	–	107.499	540	45
6	107.500	–	119.999	696	58
7	120.000	–	144.999	840	70
8	145.000	–	169.999	1.200	100
9	170.000	–	194.999	1.560	130
10	195.000	–	219.999	1.860	155
11	220.000	–	269.999	2.220	185
12	270.000	–	319.999	2.940	245
13	320.000	und mehr		3.600	300

Es ist eine Vergleichsberechnung zwischen der Kirchensteuer vom Einkommen und dem besonderen Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft durchzuführen, wobei der höhere Betrag festgesetzt wird. In den Vergleich ist die Kirchensteuer vom Einkommen nicht einzubeziehen, soweit sie auf der Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG beruht. Die Kirchensteuer auf die Einkommensteuer nach dem besonderen Steuertarif des § 32d EStG ist zusätzlich zum besonderen Kirchgeld zu erheben.

4. Für die Bemessung der Diözesankirchensteuer bei der Pauschalierung der Lohnsteuer nach §§ 40, 40a Abs. 1, Abs. 2a und 3 und § 40b EStG gilt:
- a) Wendet der Arbeitgeber das vereinfachte Verfahren an, so beträgt die vom Arbeitgeber zu übernehmende pauschale Kirchensteuer 5 v.H. der pauschalen Lohnsteuer sämtlicher Arbeitnehmer. Die so ermittelte pauschale Kirchensteuer, die vom Arbeitgeber in der Lohnsteuer-Anmeldung gesondert anzugeben ist, wird von der Finanzverwaltung im Verhältnis 18:82 auf die Konfessionen „römisch-katholisch“ und „evangelisch“ aufgeteilt.

- b) Wendet der Arbeitgeber das Nachweisverfahren an und weist nach, dass einzelne Arbeitnehmer keiner kirchensteuererhebenden Körperschaft angehören, ist für diese Arbeitnehmer keine Kirchensteuer und für alle übrigen Arbeitnehmer Kirchensteuer in Höhe von 9 v.H. (allgemeiner Kirchensteuersatz) der pauschalen Lohnsteuer zu erheben. Diese Kirchensteuer ist grundsätzlich der jeweils kirchensteuererhebenden Körperschaft zuzuordnen. Kann der Arbeitgeber für einzelne Arbeitnehmer die Zuordnung zur jeweiligen kirchensteuererhebenden Körperschaft nicht vornehmen, gilt insoweit ebenfalls der allgemeine Kirchensteuersatz. Die Finanzverwaltung teilt dann die auf diese Arbeitnehmer entfallende Kirchensteuer entsprechend den Bestimmungen in Buchstabe a auf.
5. Die zur Bemessung der Kirchensteuer bei der Pauschalierung der Lohnsteuer getroffenen Regelungen gelten zur Bemessung der Kirchensteuer bei Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37a und § 37b EStG sinngemäß.
6. Nummer 3 in der ab 1. Januar 2025 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden auf den Veranlagungszeitraum 2025. Nummer 5 in der ab 1. Januar 2025 geltenden Fassung ist erstmals anzuwenden bei Sachprämien und Sachzuwendungen, die nach dem 31. Dezember 2024 zufließen.
7. Dieser Kirchensteuerbeschluss tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Dresden, den 30. August 2024

Heinrich Timmerevers
Bischof von Dresden-Meißen

Der vorstehende Kirchensteuerbeschluss vom 30. August 2024 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82,

BStBl I S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 7. Oktober 2024

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Aufhebung von Verwaltungsvorschriften über sexuell übertragbare Infektionen

Vom 17. Oktober 2024

I.

Folgende Verwaltungsvorschriften werden aufgehoben:

1. Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Organisation der AIDS-Prävention im öffentlichen Gesundheitsdienst vom 1. Dezember 2003 (SächsABl. S. 1218), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 306), und

2. Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales – Frühe Diagnostik von sexuell übertragbaren Krankheiten vom 5. Dezember 2003 (unveröffentlicht), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 306).

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 17. August 2024 in Kraft.

Dresden, den 17. Oktober 2024

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Vierte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft

Vom 21. Oktober 2024

I. Änderung der Förderrichtlinie SWW/2016

Die Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft vom 9. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1810), die zuletzt durch die Richtlinie vom 30. Juni 2023 (SächsABl. S. 1086) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315), wird wie folgt geändert:

1. In der Eingangsformel wird die Angabe „RL“ durch die Angabe „FRL“ ersetzt.
2. Nach der Eingangsformel wird eine neue Überschrift „Teil A Abwasserbeseitigung“ eingefügt.
3. Teil A neu wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird in der Überschrift das Wort „Rechtsgrundlage“ durch das Wort „Rechtsgrundlagen“ ersetzt.
 - b) In Nummer 1.2 werden die Wörter „finanzielle Unterstützung“ durch das Wort „Zuwendungen“ ersetzt.
 - c) In Nummer 1.2.1 Buchstabe b wird die Angabe „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ durch die Angabe „20. Dezember 2023 (SächsABl. 2024 S. 97)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253)“ ersetzt.
 - d) In Nummer 1.2.1 Buchstabe c wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503)“ durch die Angabe „8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83)“ und die Angabe „Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)“ durch die Angabe „2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236)“ ersetzt.
 - e) In Nummer 1.2.2 wird das Wort „Projekte“ durch das Wort „Maßnahmen“ ersetzt.
 - f) Nummer 1.2.3 Buchstabe a wird wie folgt neu gefasst:
 - „a) die Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L, 2023/2831 vom 15.12.2023) oder“.
 - g) In Nummer 1.2.3 Buchstabe b wird die Angabe „(EU) 2022/2046 vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 55)“ durch die Angabe „(EU)

2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023 (ABl. L, 2023/2391, 05.10.2023)“ ersetzt.

- h) In Nummer 1.2.3 Buchstabe c wird die Angabe „(EU) 2022/2514 der Kommission vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 8)“ durch die Angabe „(EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023 (ABl. L, 2023/2391, 05.10.2023)“ ersetzt.
- i) Nummer 1.3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Ein Anspruch der Begünstigten auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.“
 - bb) In Satz 2 werden am Ende die Wörter „nach Maßgabe dieser Richtlinie“ eingefügt.
- j) In Nummer 1.4 wird das Wort „Vorhaben“ durch das Wort „Maßnahmen“ und die Wörter „integrierter regionaler Entwicklungsstrategien wie LEADER-Entwicklungsstrategien (LES) oder Städtebaulichen Entwicklungskonzepten (SEKo)“ durch die Wörter „nachhaltiger integrierter Entwicklungsstrategien, wie LEADER-Entwicklungskonzepten (LES) oder integrierten Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepten (INSEK/INGEKO)“ ersetzt.
- k) In Nummer 2.1 wird die Angabe „1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5)“ durch die Angabe „7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)“ und die Angabe „20. Januar 2022 (BGBl. I S. 87)“ durch die Angabe „17. April 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 132)“ ersetzt.
- l) In Nummer 2.3 werden nach den Worten „Sächsischen Wassergesetzes“ die Worte „in der Fassung“ eingefügt.
- m) Nummer 2.6 wird gestrichen.
- n) Nummer 3.1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „sowie als Aufgabenträger der öffentlichen Trinkwasserversorgung für Maßnahmen nach Nummer 2.6“ gestrichen.
 - bb) In Satz 2 wird nach dem Wort „Dritte“ die Angabe „gemäß § 56 Satz 3 Wasserhaushaltsgesetz“ eingefügt.
- o) Es wird eine Nummer 3.3 wie folgt neu eingefügt:
„3.3 Das Gebiet der Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig ist von der Förderung nach dieser Richtlinie Teil A mit Ausnahme der Förderung von privaten Begünstigten für Maßnahmen nach Nummer 2.2 ausgenommen.“
- p) Nummer 4.1.2 wird gestrichen.
- q) Nummer 4.1.3 und 4.1.4 werden zu Nummern 4.1.2 und 4.1.3 neu.
- r) In Nummer 4.1.2 neu werden die Worte „zusätzlich zu beachten“ durch die Worte „vorrangig zu beachten, soweit diese strengere Anforderungen vorsehen“ ersetzt.

- s) In Nummer 4.1.3 neu wird das Wort „Antragstellenden“ durch das Wort „Begünstigten“ und die Angabe „12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705)“ durch die Angabe „3 des Gesetzes vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 636)“ ersetzt.
- t) In Nummer 4.2.2 wird das Wort „Antragstellenden“ durch das Wort „Begünstigten“ ersetzt.
- u) Nummer 4.2.3 wird gestrichen.
- v) In Nummer 5 wird in der Überschrift das Wort „Zuwendung“ durch das Wort „Zuwendungen“ ersetzt.
- w) In Nummer 5.1.1 wird die Angabe „Anteils-“ durch die Angabe „Anteil-“ ersetzt.
- x) In Nummer 5.1.4 wird die Angabe „der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013, der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013, der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 oder ihrer Nachfolgeregelungen“ durch die Wörter „Grundlage der einschlägigen De-minimis-Verordnungen“ ersetzt.
- y) In Nummer 5.2.1 Satz 2 wird nach dem Wort „wahlweise“ die Angabe „(Auswahl durch die Begünstigten)“ eingefügt.
- z) Nummer 5.2.3 und 5.2.4 werden gestrichen.
- aa) In Nummer 5.3.1 wird die Angabe „4.1.3“ durch die Angabe „4.1.2“ ersetzt.
- ab) In Nummer 5.3.1 Buchstabe c wird das Wort „Vorhaben“ durch das Wort „Maßnahmen“ und das Wort „Bauvorhaben“ durch das Wort „Baumaßnahmen“ ersetzt.
- ac) In Nummer 5.3.1 Buchstabe d wird das Wort „Mehrwertsteuer“ durch das Wort „Umsatzsteuer“ ersetzt.
- ad) In Nummer 5.3.2 Buchstabe b wird das Wort „Bauvorhaben“ durch das Wort „Baumaßnahmen“ ersetzt und vor dem Wort „Hausanschlüsse“ die Worte „zum Beispiel“ eingefügt.
- ae) Nummer 6 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Nachfolgende besondere Nebenbestimmungen sind, soweit für die jeweilige Fördermaßnahme zutreffend, in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen.“
- af) In Nummer 6.1 Satz 1 wird das Wort „Vorhabensdurchführung“ durch die Worte „Durchführung der Maßnahme“ ersetzt.
- ag) In Nummer 6.1 Satz 2 wird das Wort „Antragstellenden“ durch das Wort „Begünstigten“ ersetzt.
- ah) Nummer 6.4 wird gestrichen und Nummer 6.5 wird zu Nummer 6.4 neu.
- ai) In Nummer 6.4 neu wird die Angabe „Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245)“ durch die Angabe „des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876)“ ersetzt.
- aj) Nummer 7.1 wird wie folgt neu gefasst:
„7.1 Antragsverfahren
Die Anträge für die Maßnahmen sind jeweils bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als der zuständigen Bewilligungsstelle unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens einzureichen (www.sab.sachsen.de).
Die Zuwendungsvoraussetzungen sind durch geeignete Unterlagen oder durch Eigenerklärungen nachzuweisen. Mit dem Antrag einzureichende Unterlagen (außer für Förderungen nach Nummer 2.2) sind insbesondere:
 - a) Gesamtkonzeption für die technische Lösung (Übersichtslageplan, Lageplan, Maßnahmebeschreibung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchung),
 - b) technische Angaben zu Art und Dimensionierung der zu fördernden Anlagen (Formblatt),
 - c) Gesamtübersicht zu Maßnahmen der öffentlichen Abwasserbeseitigung, soweit zutreffend (Formblatt).Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen von den Begünstigten anfordern, sofern diese zur Beurteilung der Förderfähigkeit der Maßnahme erforderlich sind.“
- ak) Nummer 7.2 wird wie folgt neu gefasst:
„7.2 Bewilligungsverfahren
Fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung (technische Fachbehörde im Sinne der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) ist die Landesdirektion Sachsen. Die Bewilligungsstelle bezieht bei Maßnahmen nach Nummer 2.1 und 2.5 zur Beurteilung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Planung und Ausführung sowie der Angemessenheit der Ausgaben die technische Fachbehörde ein. Soll zur Abwendung der unmittelbar drohenden Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung oder einer bereits eingetretenen erheblichen Beeinträchtigung der Daseinsvorsorge und/oder des Gewässerzustandes im Einzelfall von der zeitlichen Einschränkung gemäß Nummer 2.3 oder bei den Fördergegenständen gemäß Nummern 2.1, 2.3 bis 2.5 von den Regelfördersätzen abgewichen werden, unterbreitet die Bewilligungsstelle dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft einen begründeten Entscheidungsvorschlag. Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft kann insoweit, unter Würdigung der Umstände des Einzelfalls, Abweichungen zulassen, soweit dies in Abwägung mit den Förderzielen und sonstigen Bestimmungen der Förderrichtlinie zu gleichwertigen Ergebnissen führt.“
- al) In Nummer 7.3 Buchstabe a wird die Angabe „gemäß Nummer 7.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise gemäß Nummer 7.4 und 7.5 Anlage 3 (VVK) zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung“ gestrichen.
- am) Nummer 7.4.1 wird wie folgt neu gefasst:
„7.4.1 Maßnahmen öffentlicher Aufgabenträger
Die Realisierung der geförderten Maßnahme soll während des Bewilligungszeitraumes durch die technische Fachbehörde vor Ort in Augenschein genommen werden. Darüber hinaus führt die Bewilligungsstelle, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der technischen Fachbehörde Vor-Ort-Kontrollen durch. Über die Kontrollen ist ein Protokoll zu fertigen. Der Verwendungsnachweis ist unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Verfahrens (www.sab.sachsen.de) unter Vorlage des Bauausgabenbuches (Belegliste) bei der Bewilligungsstelle einzureichen.“
- an) In Nummer 7.5 werden die Worte „gelten im Übrigen“ durch das Wort „gilt“ ersetzt und die Angabe „und die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes“ gestrichen.
- ao) Nummer 8 wird gestrichen.

4. Nach Teil A neu wird ein neuer Teil B wie folgt eingefügt:

**„Teil B
Öffentliche Wasserversorgung**

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**1.1 Zuwendungszweck**

Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen für Maßnahmen der öffentlichen Wasserversorgung zur resilienten Anpassung der Wasserversorgungsinfrastruktur an die Folgen des Klimawandels, um eine nachhaltige und standörtlich angepasste öffentliche Wasserversorgung gemäß § 43 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 636) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zu sichern.

1.2 Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie und unter Berücksichtigung folgender Grundlagen in der jeweils geltenden Fassung:

1.2.1 Grundsätzlich gelten:

- a) Sächsische Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist,
- b) Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 20. Dezember 2023 (SächsABl. 2024 S. 97) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253),
- c) Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert worden ist, in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist.

1.2.2 Fachliche Zielstellungen sowie Vorgaben zur zweckentsprechenden Verwendung beruhen auf den nachfolgenden Regelungen:

- a) Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist,
- b) Sächsisches Wassergesetz,
- c) Sächsisches Klimafondsgesetz vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578, 587), das durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist,
- d) Trinkwassereinzugsgebieteverordnung vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 346),
- e) Grundsatzkonzeption öffentliche Wasserversorgung 2030 für den Freistaat Sachsen, veröffentlicht am 27. Juni 2022.

1.3 Ein Anspruch der Begünstigten auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr ent-

scheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinie. Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft behält sich gesonderte Festlegungen zur Prioritätensetzung unter Beachtung übergeordneter wasserwirtschaftlicher und gewässerökologischer Aspekte vor.

Vorrangig gefördert werden sollen Maßnahmen zur Anpassung der öffentlichen Wasserversorgung an die Auswirkungen des Klimawandels,

- die durch neue Redundanzen bisher stark vulnerabler Gewinnungsmöglichkeiten und/oder Verbundstrukturen auf der Reinwasserseite zu einer möglichst gegenseitigen Erhöhung der Versorgungssicherheit insbesondere bei kleineren Aufgabenträgern führen,
- die sich auf möglichst mehrere regelwerkspezifische Bewertungskriterien zur Resilienz und Versorgungssicherheit in der öffentlichen Wasserversorgung so auswirken, dass eine geringe Versorgungssicherheit sich um mindestens eine Stufe verbessert oder eine mittlere bis hohe Versorgungssicherheit trotz der Auswirkungen des Klimawandels erhalten bleibt.

1.4 Maßnahmen, die gleichzeitig den Zielen nachhaltiger integrierter Entwicklungsstrategien, wie LEADER- Entwicklungskonzepten (LES) oder integrierten Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepten (INSEK/INGEKO) in den jeweils gültigen Fassungen dienen, sollen vorrangig gefördert werden.**2. Gegenstand der Förderung****2.1 Investive technische Maßnahmen zur erstmaligen Errichtung und/oder Ertüchtigung bestehender regionaler oder überregionaler Verbundlösungen zwischen Versorgungssystemen eines oder mehrerer Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung, darunter auch die Anbindung an Fernwasserverbünde.****2.2 Ausbau (Erneuerung, Erweiterung, Umbau) von Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung, soweit sie klimawandelbedingt für die Sicherstellung einer nach Menge und Güte ausreichenden Wasserversorgung erforderlich sind.****2.3 Maßnahmen zur Risikominderung im Einzugsgebiet zur Verbesserung der Wassergüte im Sinne der Zielvorgaben der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (zum Beispiel Ankauf von Flächen, soweit dies als präventive Maßnahme dem Schutz von Wasservorkommen dient).****2.4 Investive Maßnahmen der Notfall- und Krisenvorsorge der öffentlichen Wasserversorgung als kritische Infrastruktur (zum Beispiel Anschaffung von Netzersatzanlagen) und nichtinvestive konzeptionelle Maßnahmen der Notfall- und Krisenvorsorge.****3. Begünstigte**

Gemeinden, Verwaltungsverbände und Zweckverbände als Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung. Die Zuwendungen dürfen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks an Dritte gemäß § 43 Absatz 3 des Sächsischen Wassergesetzes weitergeleitet werden.

4. Zuwendungsvoraussetzungen**4.1 Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen****4.1.1 Finanzierungsquellen**

Werden Zuwendungen aus Finanzierungsquellen mit besonderen Zweckbestimmungen oder Zuwendungsbedingungen finanziert, so sind die dafür gültigen Fördergrundsätze, Gebietskulis- sen und Verfahrensbestimmungen vorrangig zu beachten, soweit diese strengere Anforderungen vorsehen. Insofern sind tatbestandliche Abwei- chungen von dieser Richtlinie zugelassen.

4.1.2 Wasserversorgungskonzepte

Die Begünstigten müssen für Maßnahmen nach Nummer 2 erklären, dass diese Maßnahmen Bestandteil eines Wasserversorgungskonzeptes sind beziehungsweise in das Wasserversor- gungskonzept integriert werden. Das Wasserver- sorgungskonzept muss den betriebswirtschaftli- chen/ökonomischen Anforderungen sowie den Anforderungen gemäß dem Erlass des Staats- ministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft vom 21. November 2022 in Verbindung mit dem Erlass der Landesdirektion Sachsen vom 27. Februar 2023, beide veröffent- licht unter www.sab.sachsen.de, entsprechen. Liegt noch kein bestätigtes Wasserversorgungs- konzept gemäß den oben genannten Anforderun- gen vor, ist durch Eigenerklärung zu bestätigen, dass an der Erstellung beziehungsweise Qua- lifizierung des Wasserversorgungskonzeptes entsprechend der einschlägigen Vorgaben gear- beitet wird und dass die antragsgegenständliche Maßnahme in das Wasserversorgungskonzept integrierbar ist.

4.2 Maßnahmespezifische Zuwendungsvorausset- zungen:**4.2.1 Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 muss – so- weit es sich um die Deckung des Wasserbedarfs aus ortsfernen Wasservorkommen nach § 50 Absatz 2 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (Fernwasserbezug) handelt – das Zustimmungs- verfahren bei der Landesdirektion Sachsen nach § 44 Absatz 2 des Sächsischen Wassergesetzes abgeschlossen beziehungsweise durch Eröff- nung eines Anhörungsverfahrens zur Sach- und Rechtslage begonnen worden sein.**

Ferner müssen Maßnahmen der interkommuna- len Zusammenarbeit nach Nummer 2.1 zwischen den Aufgabenträgern vertraglich nach Maßgabe des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zu- sammenarbeit in der Fassung der Bekanntma- chung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, verbindlich geregelt sein. Notwendige rechtsaufsichtliche Genehmigungen müssen vorliegen.

4.2.2 Die klimawandelinduzierte Bedingtheit einer Maßnahme nach Nummer 2.1 und 2.2 ist durch eine qualifizierte Beschreibung der Effekte des Klimawandels auf die gesetzliche und regel- werksspezifische Soll-Versorgungsaufgabe des Wasserversorgungssystems darzulegen. Eine Systemanalyse, die bei dem Zustand des Versorgungssystems (mindestens jedoch der für die beantragten Maßnahmen relevanten Komponente) beginnt und nach Maßgabe des technischen Regelwerkes den Erneuerungs- und Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Soll-Versorgungsaufgabe feststellt, muss ausgeführt worden sein.**4.2.3 Die Notwendigkeit investiver Maßnahmen nach Nummer 2.4 ist auf Basis von konzeptionellen Risikobetrachtungen durch Eigenerklärung nachzuweisen.****4.3 Förderausschluss**

Von einer Förderung ausgenommen sind:

- a) Neuanschlüsse von Grundstücken,
- b) Maßnahmen, die überwiegend der Brauch- wasserbereitstellung beziehungsweise der gewerblichen/industriellen Trinkwasserbe- reitstellung dienen,
- c) Maßnahmen zur Energieeinsparung in Trink- wasserversorgungsanlagen beziehungs- weise Energieeffizienzmaßnahmen,
- d) örtliche Umverlegung von Leitungen ohne Veränderung von Nennweiten oder sonstigen klimaresilienzverbessernden Effekten,
- e) Instandhaltungsmaßnahmen,
- f) Um-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten,
- g) Maßnahmen der Abwasserbeseitigung.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen**5.1 Zuwendungs- und Finanzierungsart****5.1.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projekt- förderung als verbilligtes Darlehen mit Tilgungs- zuschuss oder als Zuschuss in Form einer An- teilfinanzierung gewährt. Die Zuwendung ist auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.****5.1.2 Für die Verbilligung von Darlehen gelten fol- gende Konditionen: Das Darlehen wird durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) gewährt. Die Zuwendung wird durch Verbilligung des Darlehenszinses über eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren auf bis zu 0,2 Prozentpunkte und durch einen einmaligen Tilgungszuschuss gewährt. Die Zinsverbilligung und der Tilgungs- zuschuss dürfen insgesamt die maximale Höhe nach Nummer 5.2.1 nicht überschreiten. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem je- weils gültigen Merkblatt der Sächsischen Auf- baubank, das im Einvernehmen mit dem Staats- ministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft aufgelegt wird.****5.1.3 Eine Verbilligung ist nur für den Teil eines Dar- lehens zulässig, der zur Finanzierung zuwen- dungsfähiger Ausgaben dient.****5.2 Höhe der Zuwendung****5.2.1 Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 bis 2.3 be- trägt die Höhe der Zuwendung bis zu 30 Prozent und für Maßnahmen nach Nummer 2.4 bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendung für Maßnahmen nach Num- mern 2.1 bis 2.3 wird wahlweise (Auswahl durch die Begünstigten) als zinsverbilligtes Darlehen mit Tilgungszuschuss nach Nummer 5.1.2 oder als Zuschuss gewährt. Die Zuwendung für Maß- nahmen nach Nummer 2.4 wird als Zuschuss ge- währt. Zuwendungen unter 10 000 Euro für Maß- nahmen nach Nummern 2.1 bis 2.3 werden nicht gewährt. Für Maßnahmen nach Nummer 2.4 gilt eine Förderuntergrenze von 5 000 Euro.****5.2.2 Auf dem Gebiet der Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig ist der Fördersatz für Maßnahmen nach Nummern 2.1 bis 2.3 auf maximal 10 Pro- zent der zuwendungsfähigen Ausgaben und für Maßnahmen nach Nummer 2.4 auf maximal 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben begrenzt. Der Fördersatz für Maßnahmen nach Nummern 2.1 bis 2.3 erhöht sich auf maximal 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben,**

wenn die Maßnahmen in Kooperation mit Gemeinden, Verwaltungsverbänden und Zweckverbänden als Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung erfolgen und nicht ausschließlich der öffentlichen Wasserversorgung der kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig dienen.

5.3 Zuwendungsfähige Ausgaben

5.3.1 Zuwendungsfähig sind Ausgaben für die Erfüllung des Zuwendungszweckes, soweit sie notwendig und angemessen sind und soweit nicht Vorgaben gemäß Nummer 4.1.1 entgegenstehen, insbesondere:

- a) Ausgaben für Baumaßnahmen,
- b) Ausgaben für Baunebenkosten für Architekten- und Ingenieurleistungen; sofern das Vorliegen dieser Planungsleistungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften zwingende Voraussetzung dafür ist, dass mit dem Bau der Maßnahme begonnen werden darf, so sind die dafür angefallenen Ausgaben auch dann zuwendungsfähig, wenn sie vor dem Beginn des Bewilligungszeitraumes angefallen sind,
- c) Ausgaben für Maßnahmen, die nicht Baumaßnahmen sind, zum Beispiel technische Ausstattung/Ausrüstungen,
- d) Ausgaben für Grunderwerb, in Höhe von bis zu einem Drittel bei Maßnahmen nach Nummer 2.3,
- e) Umsatzsteuer, soweit diese von den Begünstigten oder den Dritten nicht als Vorsteuer abziehbar ist.

5.3.2 Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für:

- a) sonstige Leistungen, die im Zusammenhang mit Baumaßnahmen erbracht wurden, die entweder für die Erreichung des Zuwendungszweckes nicht erforderlich oder von Dritten zu finanzieren sind (zum Beispiel Hausanschlüsse und Anschlusskanäle),
- b) Entschädigungen aller Art,
- c) Kapitalbeschaffung und Zwischenfinanzierung,
- d) Versicherungsbeiträge,
- e) Rechts-, Steuer- und sonstige Beratungsleistungen, die in keinem zwingenden Zusammenhang mit dem Zuwendungszweck stehen,
- f) Abschreibungen,
- g) laufende Betriebs- und Überwachungskosten,
- h) Eigenleistungen.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Nachfolgende besondere Nebenbestimmungen sind, soweit für die jeweilige Fördermaßnahme zutreffend, in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen:

6.1 Bei der Durchführung der Maßnahmen sind die einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere des Wasserrechts, zu beachten. Die Begünstigten tragen die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einholung aller erforderlichen Zulassungen (insbesondere wasserrechtliche Erlaubnis, Genehmigung).

6.2 Nichtinvestive konzeptionelle Maßnahmen nach Nummer 2.4 sind mindestens nach den Empfehlungen des Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Bewertung der Wasserversorgungssicherheit in

Not- und Krisensituationen (Leitfaden) durchzuführen.

6.3 Die Begünstigten sind verpflichtet, bei dem geförderten Projekt nach Maßgabe spezieller Vorschriften auf die Förderung durch den Freistaat Sachsen sowie, falls zutreffend, auf weitere Zuwendungsgeber hinzuweisen.

6.4 Dem Freistaat Sachsen ist ein Nutzungsrecht an den Ergebnissen von Konzepten oder sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten, die mit Hilfe von Zuwendungen erarbeitet wurden, einzuräumen. Insbesondere kann der Freistaat Sachsen sich die Veröffentlichung oder sonstige Verwertung der Ergebnisse ganz oder teilweise vorbehalten.

7. Verfahren

7.1 Antragsverfahren

Die Anträge für die Maßnahmen sind jeweils bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als der zuständigen Bewilligungsstelle unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens einzureichen (www.sab.sachsen.de).

Die Zuwendungsvoraussetzungen sind durch geeignete Unterlagen oder durch Eigenerklärungen nachzuweisen. Mit dem Antrag einzureichen sind insbesondere:

- a) Gesamtkonzeption für die technische Lösung (Übersichtslageplan, Lageplan, Maßnahmenbeschreibung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchung),
- b) technische Angaben zu Art und Dimensionierung der zu fördernden Anlagen,
- c) Erklärung zum Stand des Wasserversorgungskonzepts,
- d) Angaben bezüglich der Zielgrößen des beantragten Fördergegenstandes,
- e) Bestätigung einer angemessenen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung/Variantenuntersuchung (Vorlage dieser bei Anforderung durch die prüfende Behörde),
- f) rechtsaufsichtliche Genehmigungen nach Maßgabe des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der jeweils geltenden Fassung (für Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit nach Nummer 2.1),
- g) Systemanalyse nach Maßgabe des technischen Regelwerkes gemäß Nummer 4.2.2 (für Maßnahmen nach Nummern 2.1 und 2.2),
- h) Kostenermittlung,
- i) Vorliegen der erforderlichen wasserrechtlichen Gestattungen oder der Nachweis, dass diese entsprechend beantragt wurden,
- j) Einschätzung/Zustimmung der unteren Wasserbehörde (und weiterer beteiligter Wasserbehörden bei landkreisübergreifenden Maßnahmen).

Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen von den Begünstigten anfordern, sofern diese zur Beurteilung der Förderfähigkeit der Maßnahme erforderlich sind.

7.2 Bewilligungsverfahren

Fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung (technische Fachbehörde im Sinne der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) ist die Landesdirektion Sachsen. Die Bewilligungsstelle bezieht bei Maßnahmen nach Nummer 2.1 bis 2.3 zur Beurteilung von Wirtschaftlichkeit und Spar-

samkeit der Planung und Ausführung sowie der Angemessenheit der Ausgaben die technische Fachbehörde ein. Soll zur Abwendung der unmittelbar drohenden Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung oder einer bereits eingetretenen Beeinträchtigung der Daseinsvorsorge (Versorgungssicherheit) im Einzelfall von den Bestimmungen der Nummern 4.1.2 bis 4.2.3 und 4.3 Buchstabe e oder von den Regelfördersätzen abgewichen werden, unterbreitet die Bewilligungsstelle dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft einen begründeten Entscheidungsvorschlag. Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft kann insoweit, unter Würdigung der Umstände des Einzelfalls, Abweichungen zulassen, soweit dies in Abwägung mit den Förderzielen und sonstigen Bestimmungen der Förderrichtlinie zu gleichwertigen Ergebnissen führt.

Bewilligungen sind nur bis 30. Juni 2025 zulässig.

7.3 Auszahlungsverfahren

Auszahlung von Zuwendungen:

- a) Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung auf der Grundlage der endgültig festgesetzten zuwendungsfähigen Ausgaben. Der Auszahlungsantrag ist unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens (www.sab.sachsen.de) bei der Bewilligungsstelle einzureichen.
- b) Die Verbilligung des Darlehenszinses nach Nummer 5.1.2 kann auf Antrag nach Baufortschritt auf der Basis tatsächlich getätigter Ausgaben gewährt werden. Der Auszahlungsantrag ist formgebunden unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens (www.sab.sachsen.de) unter Vorlage des Bauausgabenbuches bei der Bewilligungsstelle einzureichen. Die Anrechnung des Tilgungszuschusses nach Nummer 5.1.2 erfolgt nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung auf der Grundlage der endgültig festgesetzten zuwendungsfähigen Ausgaben.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Die Realisierung der geförderten Maßnahme kann während des Bewilligungszeitraumes durch die technische Fachbehörde vor Ort in Augenschein genommen werden. Darüber hinaus kann die Bewilligungsstelle, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der technischen Fachbehörde, Vor-Ort-Kontrollen durchführen. Über die Kontrollen ist ein Protokoll zu fertigen. Der Verwendungsnachweis ist unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens (www.sab.sachsen.de) unter Vorlage des Bauausgabenbuches (Belegliste) bei der Bewilligungsstelle einzureichen.

7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit

nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.“

5. Nummer „9 Inkrafttreten“ wird gestrichen.

6. Es wird ein Teil C wie folgt neu eingefügt:

„Teil C

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

1. Diese Richtlinie tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft vom 4. Februar 2009, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 11. Dezember 2013 (SächsABl. SDr. S. S 923), außer Kraft.
2. Für die Maßnahmen nach Teil A gelten abweichend zu Nummer 1 folgende Übergangsregelungen:
Die Bestimmungen der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft vom 4. Februar 2009, in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung, finden weiterhin Anwendung für:
 - 2.1 Bis zum 31. Dezember 2015 bei der SAB eingereichte Förderanträge für den Neubau oder die Erweiterung von öffentlichen Abwasseranlagen (Nummer 2.2 und 2.4 der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft), die Gegenstand eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Aufgabenträger und der zuständigen unteren Wasserbehörde sind.
 - 2.1.1 Die in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegte Frist für die Fertigstellung der betreffenden Maßnahme wird als Bewilligungszeitraum festgesetzt.
 - 2.1.2 Der öffentlich-rechtliche Vertrag, einschließlich des Umsetzungskonzeptes, wird Bestandteil des Zuwendungsbescheides.
 - 2.2 Bis zum 31. Dezember 2015 vollständig bei der SAB eingereichte Förderanträge nach Nummer 2.1, 2.2, 2.4 und 2.5 der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft mit einem Projektdurchführungszeitraum bis längstens 31. Dezember 2016.
 - 2.3 Bis zum 31. Dezember 2016 bei der SAB eingereichte Förderanträge für den Neubau oder die Ertüchtigung von nicht-öffentlichen Kleinkläranlagen oder sonstigen dezentralen Abwasseranlagen vergleichbarer Größe (Nummer 2.3 der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft), sofern
 - 2.3.1 die Anlage spätestens am 31. Dezember 2015 fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde oder
 - 2.3.2 die Überschreitung der gesetzlichen Anpassungsfrist des 31. Dezember 2015 (nach § 2 Absatz 1 der Kleinkläranlagenverordnung vom 19. Juni 2007 [SächsGVBl. S. 281], die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 [SächsGVBl. S. 503] geändert worden ist) nachweislich nicht vom Bauherrn zu vertreten ist.
3. Teil B dieser Richtlinie tritt am 30. Juni 2025 außer Kraft.“

II.
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 21. Oktober 2024

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

30. Oktober 2024

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 